



## **Pressebericht zur Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates Thüringen am 2. Juli 2011**

Im Schatten der Frauenfußball Weltmeisterschaft fand am vergangenen Samstag die 34. Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates Thüringen statt.

Mit großer Freude wurde der Einzug der Deutschen Frauen-Elf ins Viertelfinale und natürlich die Information zum Erhalt des Gleichstellungsausschusses in Thüringen aufgenommen.

Der Vorstand gab Bericht über die geleistete Arbeit und informierte die Delegierten über die Ergebnisse der Gespräche mit Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht, Ministerin Heike Taubert und Minister Matthias Machnig. „Wir haben viel über die arbeitsmarktpolitische Situation in Thüringen gesprochen. Auch wenn der Aufschwung nun bei den Menschen ankommt, darf die Chancengleichheit von Frauen und Männern nicht vergessen werden. Der Landesfrauenrat setzt sich deshalb weiter dafür ein, geeignete Förderprogramme für Frauen zu entwickeln und dieses Potential bei den Diskussionen um Fachkräftemangel und demographischen Wandel nicht zu übersehen.“ so die Vorsitzende Ilona Helena Eisner. Ein von Minister Machnig in Aussicht gestelltes gemeinsames Projekt dazu mit dem Landesfrauenrat soll noch in diesem Jahr starten.

Ein wichtiger Antrag, der von den Delegierten diskutiert wurde, fordert die Einrichtung einer unabhängigen Antidiskriminierungsstelle in Thüringen. Mit dem in Kraft treten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) 2006 wurde eine Antidiskriminierungsstelle auf Bundesebene eingerichtet. Dem folgend haben einige Bundesländer eigene Stellen zu diesem Thema installiert. „Das Gesetz ist noch nicht hinlänglich bekannt. Viele Menschen wissen nichts von ihrem Recht auf Diskriminierungsschutz oder wo sie Hilfe finden können. Dabei geht es um Diskriminierung auf Grund des Alters, von Behinderung, ethnischer Herkunft, Geschlecht, sexueller Identität, Religion oder Weltanschauung. Es muss bekannter werden, dass Diskriminierung in Deutschland ausdrücklich verboten ist und Thüringen kann sich aus diesem Prozess nicht heraus halten.“ so Eisner.

Weiter forderte der Landesfrauenrat die Übertragung und Umsetzung der Ergebnisse des 1. Gleichstellungsberichtes der Bundesregierung auf den Freistaat Thüringen. Die Landesregierung sollte eine innovative und aktive Gleichstellungspolitik betreiben. Das neue Gleichstellungsgesetz, welches mit Spannung erwartet wird, muss ein Schritt in diese Richtung sein.